

Die Verantwortung der Intelligenz

Lockung und Drohung — Wie in den Gründungsjahren der UdSSR

Mit mehr propagandistischem Pathos als nüchternen ökonomischer Überlegung hat die SED als Ziel ihres neuen Fünfjahrplanes die „wirtschaftliche Überflügung“ der Bundesrepublik angeben. Zwei vermeintliche Trümpfe stützen diese Spekulation: Der auf Kosten des Lebensstandards forcierte Ausbau der Schwerindustrie und — die Hoffnung auf die Mitarbeit der sowjetzonalen Intelligenz. Diese Hoffnung ist in den letzten Jahren drastisch widerlegt worden. Zahllose Fachleute und Wissenschaftler aus allen Zweigen der Volkswirtschaft haben der Zone den Rücken gekehrt, um nicht an der Festigung kommunistischer Macht mitschuldig zu werden. Das hat den Argwohn der Partei gegen die Zurückgebliebenen ins Unermeßliche verstärkt.

So verlangt die SED heute von jedem Vertreter der sowjetzonalen Intelligenz ein klares Bekenntnis zum kommunistischen Regime. Sie argumentiert dabei, als habe erst sie dieser Intelligenz Daseinsberechtigung und Existenzmöglichkeit gegeben. Zugleich versucht sie die Zonenflucht dieser Kreise ihres tatsächlichen Motives zu berauben.

Der aus Verantwortung oder vor der Unbill des Regimes Flüchtende wird als „abgeworben“ erklärt. Schauprozesse und erst unter dem Druck der Öffentlichkeit annullierte Todesurteile sind eine nackte Drohung gegen die Vertreter der Intelligenz, ohne deren Hilfe die SED nicht einmal die Betriebe wieder in Gang bekommen hätte.

Was kann man tun?

Diese brutale SED-Taktik hat nunmehr auch die letzten der Politik noch abgekehrten Geistes schaffenden der Zone vor die Frage gestellt: Wie weit kann man als Nur-Fachmann die SED-Pläne unterstützen, ohne an den Folgen dieser Pläne mitschuldig zu werden?

Es ist eine Gewissensfrage, die sich nur nach reiflicher Überlegung beantworten läßt. Das Ende des Krieges hat ein Drittel unseres Vaterlandes in die Macht einer Partei gegeben, die hieraus auch Machtansprüche

über die dort wohnenden Menschen ableiten will. So wäre der in der Sowjetzone wohnhafte Intellektuelle gezwungen, auf Grund der Teilung Deutschlands die Kommunisten zu unterstützen. Zugleich aber weiß er, daß gerade seine Arbeit überhaupt erst die Basis für den Aufbau eines kommunistischen Machtapparates sein kann. Das SED-Zentralkomitee kann wohl enteignen, planen und administrieren, aber es kann die Wirtschaft nicht in Gang halten. Seine Funktionäre beherrschen den Marxismus, aber nicht die Gesetze der Physik...

So entstand das Tauziehen um die „Intelligenz“. Korruptierte man ihre Vertreter anfangs noch mit Lebensmittelpaketen, bot man ihnen später „Sonderverträge“ mit Einkommen, die weit über denen der übrigen Bevölkerung lagen. Nicht, um die Intelligenz zu fördern, sondern um sie im Lande zu behalten. Gleichzeitig aber bildete man eine „proletarische Führungsschicht“ heran. Die Kinder der Funktionäre wurden auf Hochschulen und Universitäten im Eiltempo herangebildet, um die „bürgerliche Intelligenz“ Zug um Zug zu ersetzen.

Arbeit ohne Perspektive

Es ist die gleiche Situation wie in den Gründungsjahren

der Sowjetunion. Während die Bolschewiki das Bürgertum durch vielfältige Maßnahmen zu liquidieren suchten, hofferte man die Intelligenzler und sogar — die zaristischen Generale! Aber als diese den Sowjets eine Industrie aus dem Boden gestampft und eine Armee aufgebaut hatten, ließ man sie in den Schauprozessen der dreißiger Jahre entweder erschießen oder verbannte sie in die namenlosen Städte des Fernen Ostens.

Wer die Dinge nüchtern betrachtet, muß erkennen, daß die sowjetzonale Intelligenz keine wesentlich bessere Perspektive hat. Man braucht sie eben und darum wird sie gut bezahlt. Morgen, wenn die Jungkommunisten von den Universitäten kommen, wird man sie davonjagen oder — falls das Schwierigkeiten macht — als „Agenten ausländischer Konzerne“ vor Gericht stellen.

Die Gewissensfrage aber muß jeder mit sich selber klären. Wenn ein Parteifunktionär flüchtet, weiß die SED, daß sie ein unzuverlässiges Mitglied weniger hat in ihrem Apparat. Flüchtet ein Intelligenzler, kann sie in arge Bedrängnis kommen. Ihn kann sie erst in Jahren ersetzen. Viele Taten, mit denen sich die SED heute brüstet, sind Taten der unpolitischen Intelligenz!

Eingeständnis der SED

Zur „Abwerbung“ aber gab dieser Tage SED-Prof. Hager in der Parteipresse eine eindeutige Erklärung ab: Viele Intelligenzler, so sagt Hager, brauchen nicht erst „abgeworben“ zu werden. Dummheit, Bürokratismus und Schikanen der ihnen vorgesetzten Parteifunktionäre hätten sie nach dem Westen getrieben. Die aus Verantwortung fortgingen, hat er vorsorglich nicht genannt.

Kampf um die Wehrgesetze

DT. Der jüngste Protest der Westmächte bei dem sowjetischen Vertreter in Ostberlin, Botschafter Puschkin, richtete sich gegen die Aufstellung halb-militärischer Organisationen und gegen die Bewaffnung von Zivilisten, also gegen einen Zustand, der den Unterschied zwischen der Propaganda und den Taten Pankows besonders drastisch sichtbar macht. Wer in solcher Weise das zivile Leben des Staatsbürgers militarisiert, der ist vor dem ganzen deutschen Volke verdächtig und angeklagt. Die kommunistischen Machthaber sind schuldig, Hitler nachzuahmen. Das alles nämlich hat es damals auch gegeben. Sie sind sogar schuldig, ihn noch zu übertreffen. Fotos aus Ostberlin, die uns ganze Kohorten waffentragender junger Mädchen zeigen, gehören zu den besonders erschütternden Dokumenten unserer Zeit. Wahrscheinlich ist das auch eine volksdemokratische „Errungenschaft“, die wir nach dem Willen Moskaus in das wiedervereinigte Deutschland übernehmen sollen.

Wo herrscht Militarismus?

An der totalen Militarisierung des zivilen Lebens in der Zone ist am ehesten zu sehen, wer in Deutschland droht und wo die Jugend im kriegerischen Geiste erzogen wird. In der Bundesrepublik ist alles, was zur Verteidigung notwendig ist, von den heutigen ersten Anfängen an im echten Militärdienst streng „kanalisiert“. Außerhalb dieses Dienstes, dessen gesetzliche Grundlage in den nächsten Wochen erst geschaffen werden muß, gibt es nichts, was der militärischen Ausbildung dient, — weder im geheimen noch in der halben Offenheit paramilitärischer Einrichtungen. Der neu herangewachsenen Jugend fehlt jeder Drang zum Militärischen. Sie ist in ihrer Haltung zum Wehrdienst gespalten wie der gesetzgebende Bundestag selbst: die einen lehnen ihn ab, die anderen nehmen ihn hin und erfüllen ihre Pflicht, wie das Gesetz sie ruft. Niemand aber

ist da, der ihnen die Lust zum Militärischen sozusagen „einimpft“, niemand, der ihnen vorher ein Gewehr oder eine Maschinenpistole in die Hand drückt und sie mit flammenden Reden aufruft, sich in der Handhabung dieser Schießbeisen zu üben. Nach der kommunistischen Propaganda sitzen dennoch in der Bundesrepublik die Militaristen und Kriegshetzer und in der Zonenrepublik die Tugendbolde des Friedens.

In der Bundesrepublik gibt es aber etwas, was umgekehrt in der Zone nicht zu sehen ist, weil es mit harter Faust niedergehalten wird: eine vom Staat in keiner Weise behinderte pazifistische Meinung, die frei vertreten werden kann. Es gibt das in der Verfassung sanktionierte Recht zur Verweigerung des Kriegsdienstes aus ethischen Gründen — ein Recht, das demnächst im Wehrpflichtgesetz seine endgültige Regelung finden wird. Es gibt in der Bundesrepublik sogar eine Haltung, die sehr übel ist und nicht gut geduldet werden kann, nämlich eine fast anarchische Hetze gegen den Wehrdienst.

Auf einer Kundgebung der sozialistischen Jugend in Frankfurt wurde kürzlich offen zur Sabotage der Wehrpflicht aufgerufen und zwar mit folgenden hübschen Formulierungen: „Zerreißt eure Gestellungsbeehle! Laßt euch in die Gefängnisse schleppen, wir holen euch wieder heraus! Zeigt Adenauer die Zähne, dann werden wir Sieger sein!“ Es sind nur wenige, die auf diese Weise dem Kommunismus ihren Dienst leisten. Wir werden mit ihnen ohne weiteres fertig werden. Hier ist aber auch eine Frage an die SPD gestellt, die doch schließlich für die Legalität und den staatsbürgerlichen Anstand der ihr zugehörigen Jugend mitverantwortlich ist.

Vor den letzten Hürden

Nun hat es allerdings die SPD mit ihrem jahrelangen Kampf gegen die Verträge leider der Jugend nicht leicht gemacht, das im Hinblick auf die deutsche Verteidigung Notwendige zu verstehen und zu bejahen. Soeben noch hat der sozialdemokratische Abgeordnete Erler geschrieben, seine Partei „hätte es begrüßt, wenn es gelungen

wäre, unserem Volke die Aufstellung einer Armee möglichst ganz oder möglichst lange zu ersparen“. Wer eigentlich unter uns würde eine solche Möglichkeit, wenn sie uns realpolitisch geboten worden wäre, nicht nur begrüßt, sondern auch ergriffen haben! Wir würden auch sonst noch manches begrüßen, was durch sein Dasein oder Nichtdasein die Welt schöner machen könnte. Aber das sind meist Illusionen.

Tatsächlich hat die SPD, nachdem unter den außenpolitischen Kampf um die Verträge ein Schlußstrich gezogen war, durch Mitarbeit an der gesetzlichen Grundlegung des Wehrdienstes ihre Haltung praktisch geändert. Sie verdient dafür Anerkennung. Ihre Mitarbeit war im Sinne einer organischen Einfügung der Soldaten in den demokratischen Staat, die uns allen als besonders wichtig erscheint, sogar fruchtbar. Dennoch gibt es heute noch eine Reihe von Gegensätzen, von deren Ausgleich die SPD ihre Zustimmung zu den Wehrgesetzen abhängig macht. Sie fördert zum Beispiel die Bestellung eines besonderen Wehrbeauftragten des Parlaments, der als ständiges Prüfungsorgan dem Bundestag zur Verfügung stehen soll und der auch von jedem einzelnen Soldaten und Bürger angerufen werden kann.

Hinsichtlich einer stärkeren Einschaltung des Parlaments in die Kontrolle des militärischen Apparats sind Lösungen möglich, die den sozialdemokratischen Forderungen sachlich Rechnung tragen. Die Forderung nach der unmittelbaren parlamentarischen Verantwortung des Verteidigungsministers rührt indessen so sehr an einen der entscheidenden Grundsätze der Bundesverfassung, daß sie nicht erfüllt werden kann. Nach dem Grundgesetz bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und trägt dafür allein die Verantwortung gegenüber dem Bundestag. Folglich gibt es das Mißtrauensvotum nur gegen den Bundeskanzler, und zwar in der konstruktiven Form, daß der Bundestag zugleich einen Nachfolger wählt. Dieses Prinzip würde in bedenklicher Weise entwertet, wenn der Verteidigungsminister aus

(Fortsetzung Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Régnier
Berlin-Tempelhof I

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Gustav Pietsch †

Berlin (DPA). Der stellvertretende Vorsitzende des Landesbezirkes Berlin des DGB, Gustav Pietsch, ist nach kurzer schwerer Krankheit im 65. Lebensjahr verstorben. Pietsch gehörte der Gewerkschaft seit 1907 an.

Protest gegen SED-Miliz

Alliierte Note an Puschkin — Sicherheit Berlins bedroht

Bonn (AP/DPA). Die Botschafter der drei Westmächte haben beim sowjetischen Botschafter in Ostberlin, Puschkin, in gleichlautenden Schreiben gegen die Bewaffnung von Zivilisten im Sowjetsektor von Berlin protestiert. Sie brachten ihre wachsende Besorgnis über die Gründung von halb-militärischen Organisationen und deren Tätigkeit in Ostberlin zum Ausdruck.

Bedrohliche Formen habe diese Tätigkeit angenommen, als am 15. Januar bei einer Demonstration Tausende von Zivilisten, die mit Maschinenpistolen und anderen Waffen ausgerüstet waren, durch Ostberlin marschierten. Sogar Jugendliche mit Schusswaffen hätten an diesem Aufmarsch teilgenommen.

In dem Schreiben heißt es: „Die Tatsache, daß halb-militärische Gruppen gegründet und für Provokationen und Demonstrationen benutzt werden, ist von so weittragender Bedeutung, daß sie meiner Regierung nicht gleichgültig sein kann.“ Die weitere Tätigkeit solcher Gruppen müsse notwendigerweise zu einer Beunruhigung der Bevölkerung führen und die internationalen Spannungen in Berlin noch erhöhen. Aktionen die-

ser Art könnten äußerst schwerwiegende Folgen haben.

Es wird weiter darauf hingewiesen, daß sich die USA, Großbritannien und Frankreich verpflichtet hätten, die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung ihrer Sektoren gegen alle Angriffe, woher sie auch kommen mögen, zu schützen. Die Westmächte könnten sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Sowjetregierung die Verantwortung für Handlungen ablehne, die zu einem solchen Angriff führen könnten.

Die Botschafter erinnern daran, daß der Zivilbevölkerung das Tragen von Waffen durch eine Reihe von Gesetzen, die von den vier Mächten erlassen wurden, verboten ist. Von den westalliierten Kommandanten seien diese Gesetze in ihren Sektoren sorgfältig befolgt worden.

Die Diskussion um Botschafter Sorin

DT. Diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion sind nicht leicht. Das wissen alle Länder, die sie mit Moskau unterhalten. Die Schwierigkeiten kommen eigentlich nicht von dem ideologischen Gegensatz, der durch eine wechselseitige Toleranz wenigstens im diplomatischen Verkehr neutralisiert werden könnte. Sie kommen vielmehr aus dem dynamischen Charakter der sowjetischen Diplomatie. Der Glaube (oder Aberglaube) an den erstrebten Weltsieg des Kommunismus verpflichtet nämlich auch sie zur militanten Förderung dieses Zieles — oberirdisch und unterirdisch. Das ist heute nicht mehr jene von vollendetem Takt beherrschte Diplomatie früherer Zeiten.

Das alles muß man beachten, wenn man feststellt, daß der Anfang der neu geknüpften diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion offenbar recht

schwierig verläuft. Da gibt es sehr viel Mißtrauen und in Bonn folglich auch eine Wachsamkeit, die im diplomatischen Verkehr mit freiheitlichen Ländern nicht üblich ist. In Moskau selbst konnten, da Botschafter Haas noch nicht amtiert, deutsche Erfahrungen bisher noch nicht gemacht werden, außer denen des Vorkommendes, die nach Informationen zuständiger Kreise nicht die besten sind. In Bonn dagegen sind wiederholt Klagen laut geworden, zu deren Sprecher sich das Auswärtige Amt selbst gemacht hat. Vor allem wird beanstandet, daß Botschafter Sorin eine Tätigkeit entfalte, die über den üblichen diplomatischen Rahmen hinausgehe.

Wenn das zutrifft, dann ist es begrifflich, daß das in Bonn nicht gefällt. Wir halten jedoch die hier sichtbar gewordene Spannung für bedauerlich. Ein Gutes mag in der für Sorin nun

zugänglichen Erkenntnis liegen, daß eine wirkliche Normalisierung der deutschen Beziehungen mit einer Macht, die sich der freien Wiedervereinigung unseres Landes in den Weg stellt, sehr schwierig und sogar unmöglich ist, solange diese Haltung andauert.

Auf deutscher Seite sollte man bei aller mißtrauischen Wachsamkeit, zu der die aggressive Ideologie der sowjetischen Politik und ihrer Vertreter geradezu herausfordert, im Rahmen der unverzichtbaren Gegenseitigkeit doch nicht in eine sterile Verschlossenheit verfallen. Wenn es richtig war, die diplomatischen Beziehungen mit Moskau neu zu knüpfen — wir selbst bejahen diese Frage —, dann wird es auch richtig sein zu versuchen, sie zu einem fruchtbaren Instrument der deutschen und der internationalen Politik zu machen. Probleme, an denen sie erprobt werden können, fehlen uns jedenfalls nicht.

Pankow und die Kirchen

Johannes Dieckmann schreibt einen „offenen Brief“

DT. Im Ostberliner „Morgen“ veröffentlicht der Präsident der sogenannten Volkskammer, Johannes Dieckmann, eine „Offene Antwort an einen evangelischen Freund in Westdeutschland“, der sich besorgt darüber geäußert hatte, daß der Pankower Staat „das kirchliche Leben so erschwere“. Das ist also eine Antwort aus einem totalitären Staat, der vom Kindergarten an über die Schule, die „Staatsjugend“ und alle „gesellschaftlichen Organisationen“ das Denken, Fühlen und Handeln seiner Bürger kommunistisch zu normen sucht. Es ist die Antwort eines prominenten „liberalen“ Dieners dieses kommunistischen Systems.

„Die Wahrheit ist“, so lesen wir, „daß unser Staat nicht nur keinen ‚Kirchenkampf‘ führt, sondern auch nicht das geringste Interesse daran hat.“ Niemand, buchstäblich niemand stört die christlichen Menschen der Zone, „wenn sie ihrem Glauben dienen und ihm leben wollen, wenn sie ihre Kinder taufen und konfirmieren lassen,

wenn sie sich kirchlich trauen und beerdigen lassen“. Die Friedensstörer sind vielmehr auf der anderen Seite, vor allem an der Spitze der Kirchen selbst: „Kann man auch von der anderen Seite mit gutem Gewissen sagen, daß sie kein Interesse an einem Konflikt zwischen Staat und Kirche haben.“ Natürlich kann man das nicht, und so folgt der liberal-kommunistische Dieckmann genau den Beschuldigungen, die kürzlich bereits Genosse Ulbricht gegen die christlichen Kirchen und ihre Bischöfe gerichtet hat.

Die Wahrheit ist tatsächlich, daß der Druck auf die Kirchen und ihre Unterdrückung zum Zwecke der „Gleichschaltung“ die selbstverständliche Übung aller totalitären Systeme ist. Das ist auch für die kommunistische Republik der Zone tausendfach belegt. Es handelt sich hier um eine Teilerschneidung des allgemeinen Kampfes gegen jede freie Meinung und Überzeugung, die der staatlichen Lenkung und Normung widerstrebt; es ist ein Kampf, der

sich in allen Lebensbereichen abspielt. Zum Beispiel haben bereits viele Zehntausende von Eltern die Flucht nach Westdeutschland angetreten, um wenigstens ihre Kinder vor der kommunistisch-atheistischen Verseuchung zu retten, die jedes Schulbuch und jeder Schulungsabend verbreitet. Der Störenfried aber ist immer der, der sich gegen diesen totalitären Mißbrauch der staatlichen Gewalt und gegen die Vorenthaltung guter Rechte wehrt, die in der Verfassung selbst begründet sind.

Ob er etwas dazu tun könne, so wurde Dieckmann gefragt, daß die Erschwerung des kirchlichen Lebens aufhöre. Natürlich kann er, der flotte Mitläufer, nichts tun — außer er hätte den Mut, im Namen des Liberalismus, der seiner Partei noch den allerdings leeren Namen gibt, einmal als Präsident der sogenannten Volkskammer in öffentlichen Protest die absolute Wahrung der Verfassung und der in ihr verbrieften Rechte zu fordern. Da ihm dieses Risiko zu groß ist, begnügt er sich damit, den Kirchen zu drohen und ihnen folgenden guten Rat zu geben: „Es liegt bei den Kirchenleitungen, ob der von ihnen geschaffene Konflikt weiterfressen und sich weiter verschärfen soll, oder ob die Religionsgemeinschaften auch in der Deutschen Demokratischen Republik den gleichen Weg finden und gehen wollen, den ihre Bruderkirchen in den volksdemokratischen Ländern gegangen sind und auf dem sie dort ein lebendigeres religiöses Leben entfaltet haben, denn je zuvor.“ Hier wird der Drohung ganz offensichtlich noch der volksdemokratische Hohn hinzugefügt.

Oberschütze Ebert

Der Schießstand im Ostberliner Rathaus

„Im Rathaus Schöneberg wurde dieser Tage ein Schießstand eingeweiht, den die Kriegstreiber der Frontstadt Westberlin einrichten ließen, um sich während ihres täglichen Dienstes für den Ostlandritt ihrer faschistischen Auftraggeber in Bonn ausbilden zu lassen. Der Kriegshetzer ‚Bürgermeister‘ Amreihn und der Arbeiterverräter ‚Parlamentspräsident‘ Willy Brandt eröffneten das tägliche Massenschießen der Westberliner NATO-Milizen mit verleumderischen Behauptungen, im demokratischen Sektor der deutschen Hauptstadt würden milizartige Bürgerkriegsverbände aufgestellt und bewaffnet, die die Sicherheit der in Westberlin lebenden Kriegshetzer bedrohen. Die Werk-tätigen Westberlins werden hiermit vom rechtmäßigen Magistrat Oberbürgermeister Eberts aufgefordert, vor dem Schöneberger Rathaus gegen diese neue Provokation zu demonstrieren und

den Frontstadtsenat zu verjagen, der die Westberliner Bevölkerung in einen neuen Krieg hetzen will.“

So etwa müßte die Ostberliner Presse schreiben, wenn im Rathaus Schöneberg ein Schießstand eingerichtet würde...

Aber mitnichten: Im Schöneberger Rathaus denkt man nicht daran. Doch „Oberbürgermeister“ Ebert, der „Niemand-Gewählte“, ist auf dem „richtigen“ Wege, zum Oberschützen ernannt zu werden. Denn wir entnehmen dem Ostberliner „Organ des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Sport und Technik“ „Das Banner“ diese Notiz:

„Nach dem Beispiel des Ministeriums für Finanzen wurde nun auch im Magistrat von Groß-Berlin ein Schießstand eingeweiht, ebenso im HO-Warenhaus am Alexanderplatz, im Ministerium für Aufbau und im Haus des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften.“

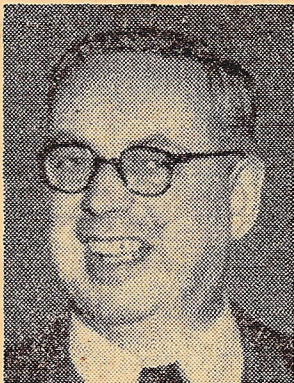
Ausreichend für ein Verbot

Berlin (Eigenmeldung). Aus der Ausgabe des einzigen katholischen Kirchenblattes der Zone „Tag des Herrn“, Leipzig, vom 8. Januar 1956, wurden vier Seiten beschlagnahmt. Sie enthielten ein Hirtenwort des Kapellvikars der Restdiözese Breslau, Dr. Ferdinand Piontek (Görlitz). In seiner Erklärung werden die Gläubigen — ohne näheren Hinweis auf die DDR! — nur ermahnt, nicht alles unesehen mitzumachen.

So sind sie wirklich:

Berufspatriot und Bürger von Charkow

LOTHAR BOLZ



Dies ist ein „bürgerlicher Minister der Sowjetzonenrepublik. Er besitzt die sowjetische Staatsbürgerschaft, ist Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und gehörte zum M-(Militär)-Apparat der alten KPD. Nichtsdestoweniger ist er Vorsitzender der „Nationaldemokratischen Partei“, einer Zweckgründung der SED. Im Ministerrat verkörpert er das bürgerliche Element. Hohe und höchste NS-Funktionäre assistieren ihm bei seinen parteipolitischen Bemühungen. Einige davon hat er in der Sowjetunion persönlich „umgeschult“. Als Außenminister versucht er einen seriösen Diplomaten zu imitieren. Er baut darauf, daß die Umwelt ihm Interesse seines heutigen Aufgabenbereiches die Vergangenheit vergessen hat.

Bolz, 1903 geboren, Sohn eines Uhrmachers, stammt aus Gleiwitz. Er hat in München, Kiel und Breslau studiert. Bis 1929 wirkte er als Gerichtsreferendar, um sich dann als Rechtsanwalt in Breslau zu etablieren. Bereits seit 1926 stand er in Kontakt mit Thälmanns KPD. In den letzten drei Jahren der Weimarer Republik verteidigte er prominente Kommunisten vor dem Breslauer Oberlandesgericht. Kommunistische Parteiveteranen kennen ihn aus dieser Zeit als Mitarbeiter des M-Apparates der Berliner KP-Zentrale. Lediglich um seine Wirksamkeit als Strafverteidiger nicht zu untergraben, wurde Bolz nur inoffiziell als Mitglied der Partei geführt.

„Ich schäme mich...“

Die Nazis untersagten ihm jede weitere Anwaltstätigkeit. Daraufhin übersiedelte Bolz in die Freistadt Danzig, um Anfang 1936 endgültig in die Sowjetunion zu emigrieren. Kurze Zeit darauf arbeitete er als Assistent am Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institut, an dem nur verdiente KP-Funktionäre Aufnahme finden. Als Lehrer beantragte er 1939 in Charkow die sowjetische Staatsbürgerschaft. „Ich schäme mich, Deutscher zu sein!“ schreibt er später noch in einem über der

litauischen Front abgeworfenen Propagandatraktat.

Bolz wird Bürger von Charkow. Als die deutschen Truppen vordringen, siedelt man ihn um nach Nowosibirsk. Doch bald holen ihn die Inspektoren der Roten Armee nach Krasnodorsk, zur Mitarbeit im „Nationalkomitee Freies Deutschland“. Hier lernt er einen Teil jener Offiziere und NS-Führer kennen, die später mit ihm die NDPD gründen werden. Unter dem Namen „Rudolf Germersheim“ kennen ihn Tausende Kriegsgefangener als Agitator der Roten Armee.

Bolz ist einer der ersten im zerstörten Berlin. Doch bis 1948 bleibt er unbekannt. Die Parteibiographie gibt ihn für diese Zeit als „Anwalt und Publizisten“ aus. Andere wissen es besser: Im Zentralsekretariat der SED besaß Bolz ein eigenes Büro, zu „Studienzwecken“. Man suchte eine irgendwie geartete Fortsetzung des „Nationalkomitees“, um die Hunderttausende in Freiheit belassenen kleinen Nationalsozialisten für den Kommunismus zu ködern.

Zu dieser Zeit waren Zehntausende kleiner Mitläufer des NS-Regimes in den KZs der Zone umgekommen. Die „Großen“ saßen zumeist warm und sicher in Sowjetlagern, wo man sie für den neuen Einsatz präparierte. Im April 1948 erklärte Pieck, das Dreiparteien-System

(SED-CDU-LDP) sei „nicht elastisch“ genug. NDPD und „Bauernpartei“ erhielten das Startsignal.

Bolz gründete die NDPD. Zu diesem Zweck ließ er erst eine Zeitung erscheinen, die „Nationalzeitung“, die mit geradezu ketzerischen Argumenten für die „kleinen Nazis“ und den von der SED drangsaliierten Mittelstand Stellung bezog. Kurz darauf forderten Plakate an allen Litfaßsäulen Ostberlins zur Parteigründung auf. Prominente NS-Führer unterschrieben mit vollem Titel ihrer Vergangenheit. Heute aber ist die NDPD ein Kader-Ableger der SED, mit dem die Kommunisten das Bürgertum unterwandern möchten. Ein Sammelbecken für ehemalige Ortsgruppenleiter, die nun „Nationale Front“-Stützpunktleiter werden, für alte Militaristen, die man in der „Volksarmee“ zu schätzen weiß. Das SED-Interesse an den „Ehemaligen“ verlagerte sich vom KZ Sachsenhausen auf die NDPD-Zentrale in der Ostberliner Friedrichstraße.

Der Nachfolger Dertingers

Im September 1948 wurde Bolz Parteichef. Er wandelte sich zum Berufs-Patrioten. Das Wort „Deutschland“ wurde sein Argument. Von Charkow sprach er nicht mehr. Über den „Volksrat“ kam er 1949 als Aufbauminister in die erste SED-Regierung. 1950 avancierte er als Parteiführer zum Stellvertreter des Ministerspräsidenten. 1951 schickten ihn die Kommunisten zur UN nach Paris. Im Januar 1953 verhaftet die SED den Ost-CDU-Außenminister Dertinger. Im Oktober darauf springt Bolz als „Bürgerlicher“ ein. Der Konjunkturritter Dertinger wird durch den Berufspatrioten Bolz sinnvoll ersetzt.

Bolz' außenpolitische Funktion besteht im Kommentieren der außenpolitischen Beschlüssen der Sowjetbotschaft und des Zentralkomitees. Der Anwalt aus Breslau empfängt den Dank der Partei, der er freiwillig ein Leben lang diente. Und die Zonenregierung hat einen „bürgerlichen“ Außenminister vorzuweisen...

„Die Gesetze sind für uns!“

Die Partei legt fest, wie lange „gebrummt“ wird

Zur Standard-Propaganda der SED gehört der Fall des in der Bundesrepublik inhaftierten FDJ-Führers Jupp Angenfort. Andere „Friedenskämpfer“ werden schubweise in Schema-Artikeln zitiert und ihre „Freikämpfung“ gefordert. Niemals aber wird man eine Begründung dafür lesen, warum diese Leute eigentlich verhaftet worden sind. Ebenso wenig wie jener ominöse „Groscurth-Ausschuß“ in Ostberlin die Zahl von 1873 „widerrechtlich Verhafteten“ näher zu erläutern vermag, die nach seinen Angaben in Westberlin während des letzten Jahres für den Weltkommunismus verlorengegangen sind.

Es geht dabei um drei Dinge: 1. Wofür werden Kommunisten in der Bundesrepublik und in Westberlin verhaftet? 2. Was wird aus ihnen und wer profitiert von diesem mißglückten „Friedenskampf“? 3. Wer sind jene Rechtsvertreter, die unter Ausnutzung demokratischer Gesetze an westlichen Gerichten mit diesen Kommunisten Propaganda treiben?

Um es vorweg zu nehmen: Jener Angenfort ist nur nominell FDJ-Führer. Tatsächlich organisierte er in der Bundesrepublik aus FDJ-Kadern schlagkräftige Widerstandsgruppen, die mit den Mitteln der Sabotage und Spionage tätig waren. Daß ihm das Gericht nicht noch eine weitaus umfangreichere Tätigkeit nachgewiesen hat, dürfte der Grund sein, aus dem Angenfort nicht allzusehr auf Revision des Urteils bestanden hat!

Die Verhaftungen in der Bundesrepublik — es sind sehr wenige — betreffen fast ausschließlich Spionagedelikte. Es ist erklärllich, daß der SSD seine Ka-

der aus KPD und illegaler FDJ rekrutiert. In Westberlin sind die Ursachen augenfälliger: Wenn fast jeden Monat einige Tausend Kommunisten mit Pflastersteinen und Schlagringen agitieren, kann es natürlich vorkommen, daß einige der übelsten Schläger auch mal festgenommen werden. Der Unterschied ist nur: In der Zone würden sie dafür 25 Jahre erhalten, in Westberlin sitzen sie meist nur 24 Stunden schön warm auf einer Polizeiwache. Daß SSD-Fangkommandos, Menschenräuber und verwandte Sparten der SED-Untergrundarbeit länger sitzen, läßt sich gewiß erklären.

Profitieren kann von dieser Art „Friedenskampf“ nur die kommunistische Presse, die somit Material über den angeblichen „Terror im Westen“ erhält. Die Partei dagegen besitzt ein ausgeklügeltes Reglement über die Dauer der gegen ihre „Friedenskämpfer“ verhängten Strafen: Durch den von der SED gestellten Anwalt wird dem Verhafteten kundgetan, wie lange er zu „brummen“ hat.

Angenfort hätte zum Beispiel mühelos noch in die Zone übersiedeln können. Seine Komplizen haben das fast alle getan. Er aber „sitzt“, weil die Partei es will. Sie braucht einen Märtyrer, als Schlagzeile für FDJ-Zeitungen, und sie wäre vielleicht sehr unangenehm berührt gewesen, hätte man ihren Angenfort auf freien Fuß gesetzt...

Kaul, Groscurth & Co.

Am bekanntesten ist SED-Anwalt Kaul, ständiger Reisender in Sachen verhafteter Kommunisten. Von ihm stammt das Wort: „Das Gesetz ist für uns!“ Und er weiß sich des bürgerlichen Rechtes sehr gut zu bedienen, wenn es um die Zerschlagung der bürgerlichen Ordnung geht. In Berlin residiert Frau Dr. Groscurth. Frau eines von den Nazis umgebrachten Intellektuellen, die heute nur ihren Namen hergeben muß für ein *Advokaten-Unternehmen* der SED. Im Namen des ermordeten Groscurth werden heute andere Mörder, Menschenräuber und Stahlruten-Rowdies, verteidigt.

Keine Befugnis

Das aus dem „Rechtsausschuß der Nationalen Front“ hervorgegangene Unternehmen Groscurth greift nur auf Veranlassung der SED ein und hat keine Befugnis, etwa einem in Ostberlin verhafteten Westberliner oder sogar Ostberliner Rechtsbeistand zu leisten. Allein diese Tatsache mag den Charakter kommunistisch organisierten Advokatenums beleuchten. Die Partei gibt für diese Unternehmen Unsummen Ost- und Westgeld aus. Wenn aber einer ihrer Genossen — wie geschehen — in Westberlin wegen eines Deliktes, das ihm im umgekehrten Falle im Osten sechs Jahre Zuchthaus eingetragen hätte, zu einer Geldstrafe verurteilt wird, und er könnte diese Strafe sogar selbst auf Grund seines Funktions-Lohnumtausches bezahlen, dann sagt die Partei: „Nein, geh lieber ins Gefängnis!“ Weil sie dann eine Schlagzeile hat: „Werner Piependeckel muß freigekämpft werden! Entreißt ihn dem Terror in Westberlin!“

Eine eigene Methode, die ihre „Friedenskämpfer“ und Märtyrer nach dem Bedarf an Schlagzeilen produziert. —

„Instrument der Tagespolitik“

Kaiser über den Abwerberprozeß in Ostberlin

Berlin (Eigenmeldung). Die Umwandlung der beiden sowjetzonalen Todesurteile in lebenslängliche Zuchthausstrafen ändern nichts daran, daß es sich hier um Gewalturteile auf deutschem Boden handele, erklärte Bundesminister Jakob Kaiser über den RIAS. Die Schauprozesse in der Zone, die Kaiser mit den Schauprozessen Freisters verglich, seien der Staatswillkür entsprungen und sollten die Macht der Herrschenden sichern.

Nach der Verurteilung der

sogenannten Abwerber klänge die Parole „Deutsche an einen Tisch“ mehr denn je wie Hohn. Justizorgane und Rechtsprechung seien in der Zone Instrumente der Tagespolitik. Der Bundesminister betonte: „Alle Verantwortlichen in den Hauptstädten der Welt sollten sich gerade nach den Erfahrungen dieser jüngsten Zeit zu neuen und entscheidenden Bemühungen veranlaßt sehen, den Krisenherd auf deutschem Boden zu beseitigen. Sie müssen sich bewußt werden, daß Deutschland unteilbar ist.“

Wenn Frauen politisch wählen

Eine Untersuchung der UNESCO

Köln (Eigenbericht). In rund 60 Staaten der Welt wählen die Frauen — der Form nach politisch gleichberechtigt, das ergab jetzt eine Untersuchung der UNESCO. Den Anfang mit der Frau an der Wahlurne machten Neuseeland, Australien, Norwegen und Finnland zwischen 1897 und 1913. Vier Nationen bis 1914, 19 danach bis 1924, 10 dann bis 1944, 18 bis 1948 und 9 bis 1955 entschieden sich für die politische Gleichberechtigung der Geschlechter.

Die Entwicklung wurde also durch Kriege und Revolutionen vorangetrieben, wobei als Kuriosum zu verzeichnen ist, daß nach allgemeiner Erfahrung die Frauen durchschnittlich rechts und konservativ wählen, also durchweg jene Parteien, die sich gegen die Gefahren der Frauenemanzipation wehren.

In Westeuropa sind die westdeutschen Parlamentarierinnen am zahlenstärksten — mit 45 Abgeordnetensitzen oder 8,8 %. In der französischen Nationalversammlung stellen die Frauen nur 3,5 Prozent, im „Pionierland“ Norwegen auch nur 5,8 Prozent. Die Sowjetunion dürfte dagegen mit der Quote von 16 Prozent führen. Weit am Ende des Feldes liegen die USA mit 2 Prozent. Der UNESCO-Bericht faßt dabei zusammen: die Frauen leben selbst im Parlament noch überwiegend „in der Küche“, nämlich im Bereich der typisch weiblichen Interessen für Sozialprobleme, Familienfragen, Mütterfürsorge und Kinderschutz.

Nach den UNESCO-Experten sind heute in der Welt die Frauen bis zu 10 Prozent weniger wählfreudig als die Männer. Vier von fünf Wählerinnen sind verheiratet, und neun von zehn Ehefrauen schließen sich dem männlichen Urteil an, da-

von mindestens die Hälfte blindlings.

Besonders in England, wo das Persönlichkeitswahrrecht vorherrscht, dürften dabei aber die Frauen — wie auch anderswo — oft das „Zünglein an der Waage“ bilden, das oft mehr nach persönlichen Sympathien als nach Programmpunkten ausschlägt. Außerdem werden durch das Frauenwahlrecht heute wohl alle Parteien veranlaßt, in ihrer Propaganda auf die weiblichen Mentalitäten mehr Rücksicht zu nehmen, auch wenn sie nur vereinzelt Frauen als Kandidatinnen nominieren.

Wahrscheinlich will kaum eine Frau etwas mit der Politik zu schaffen haben, und wahrscheinlich ist fast jede Frau davon überzeugt, daß Weltfrieden und soziale Gerechtigkeit besser bei den Frauen, Landesverteidigung und 5-Jahres-Pläne besser bei den Männern aufgehoben sind. Die Befragung jedoch ergab, daß manche Frauen sich scheuten, entweder ihre verächtlichen Zweifel an den männlichen Politikern oder gar ihr naives Desinteresse dem neugierigen Fragebogen anzuvertrauen.

Nur die immer noch weiterrollende Lawine der berufstätigen Frauen könnte hier eine Wandlung zu echter politischer Anteilnahme bewirken.

Kampf um die Wehrgesetze

(Fortsetzung von Seite 2)

ihm herausgenommen und einer unmittelbaren Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament unterstellt würde.

Die SPD sollte in dieser Streitfrage aber auch deshalb einsichtig sein, weil der Verteidigungsminister im Falle einer wirklich berechtigten Unzufriedenheit mit seiner Amtsführung durch das Mißtrauensvotum gegen den Bundeskanzler jederzeit beseitigt werden kann. Es würde unter Umständen sogar die Pflicht

des Parlaments sein, diesen Weg zu gehen. Es besteht deshalb nicht der geringste Anlaß, ein verfassungsrechtliches Regierungssystem zu durchlöchern, das der deutschen Politik — von dem Sonderfall des heutigen Bundestages mit seiner absoluten CDU-Mehrheit abgesehen — auch später eine größere Stabilität zu geben vermag, als sie vergleichsweise in der Weimarer Republik zu verzeichnen war. Man sollte diesen Fortschritt nicht wieder aufs Spiel setzen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Dorf erbt 250 000 DM

Nendorf (AP). Sein ganzes Vermögen in Höhe von rund 250 000 DM hat der Deutsch-Amerikaner Willi Wiggert seiner Heimatgemeinde, dem 1500 Einwohner zählenden Ort Nendorf bei Stolzenau an der Weser, hinterlassen. Der 72jährige Willi Wiggert ist zusammen mit seiner Frau bei einem Autounfall am zweiten Weihnachtstag letzten Jahres ums Leben gekommen. Vor 40 Jahren war er nach Amerika ausgewandert. In kurzer Zeit brachte er es als Großkaufmann zu Ansehen und Vermögen. Seine Heimat aber vergaß er nicht.

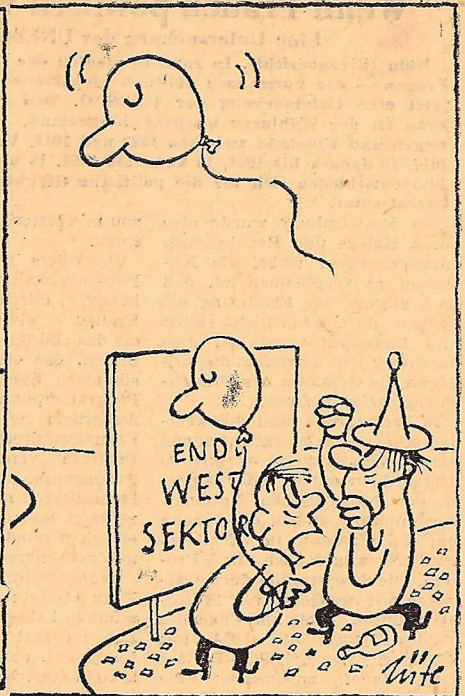
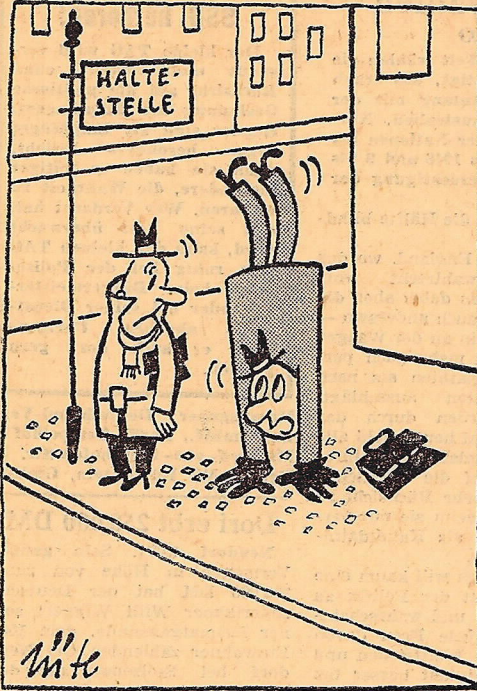
450 Kälteopfer

Frankfurt (AP/DPA). Die über ganz Europa lastende sibirische Kälte hat über 450 Todesopfer gefordert. Ein Nachlassen des Frostes ist noch nicht abzusehen. In vielen Teilen Europas wurden die Luftbrücken zur Versorgung abgeschnittener Inseln und Ortschaften verstärkt.

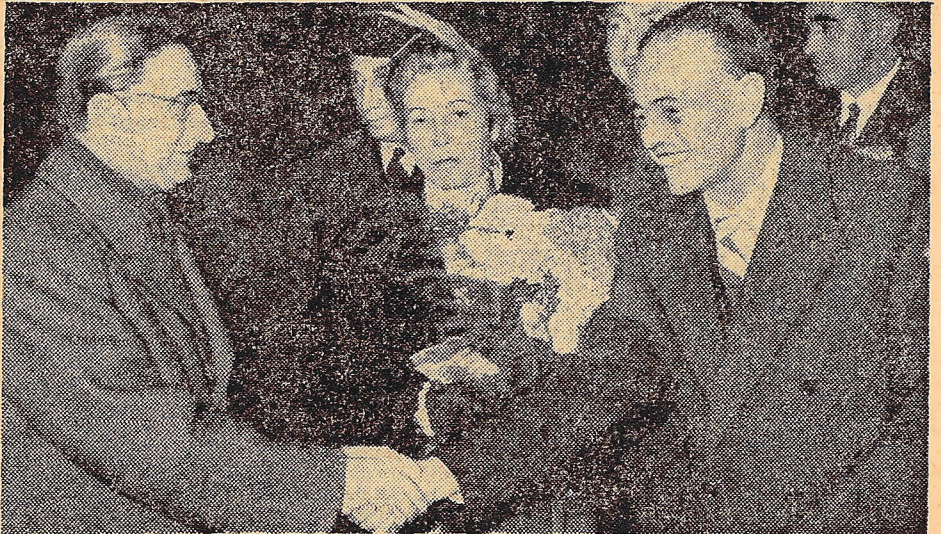
Der Eisgang auf der Unterelbe beeinträchtigt jetzt auch die Seeschifffahrt. Schiffe bis zu 3000 Tonnen saßen oft mehrere Stunden in dem zu gewaltigen Barrieren aufgetürmten Treibeis fest. In Wilhelmshaven ging ein Tankboot der Esso unter, nachdem es von den Treibeismassen an einem Kai zertrümmert worden war.

Kalte Tage

Östliche Ballonpsychose



„Ich leide so sehr unter kalten Füßen!“ „Mann, hicks, – hoffentlich führt er nicht zu internationalen Verwicklungen!“



DAS BILD DER WOCHE: Italiens Außenminister in Berlin. Prof. Gaetano Martino (rechts) und seine Gattin wurden in Tempelhof von Bürgermeister Anrehm begrüßt.